

Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung vom 10. Oktober 2019

Die **Niederschrift** der öffentlichen Sitzung vom 12.09.2019 wird genehmigt. Aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 12.09.2019 ist als Beschluss eine Stundungsentscheidung auf Gewerbesteuer bekannt zu geben. Die Tagesordnung der Sitzung wird genehmigt.

Dem **Baugesuch** auf Anbau an das Wohnhaus Argenstraße 55 wird einstimmig das gemeindliche Einvernehmen erteilt. Ebenso einstimmig wird dem Baugesuch zur Errichtung eines Carports am Anwesen Schulstraße 18 zugestimmt.

Die **Bauvoranfrage** zum Abbruch und Wiederaufbau eines Mehrfamilienhauses in der Kirchstraße 29 unterliegt nicht den Regeln eines Bebauungsplans, sondern ist im nicht beplanten Bereich nach § 34 des Baugesetzbuchs zu beurteilen. Entscheidend ist, dass sich das Gebäude mit der äußeren Form und Größe in die umgebende Bebauung einfügt. Hinsichtlich der Größe gibt der Bürgermeister zu Bedenken, dass mit 9 Wohneinheiten und den dafür über das Grundstück verteilt notwendigen Stellplätzen für PKW die Grundflächenzahl möglicherweise deutlich höher ist als bei den angrenzend bebauten Grundstücken. Weiter ist zu bedenken, dass mit den über das Grundstück verteilten Stellplätzen die Aufenthaltsqualität in den angrenzenden Gärten deutlich gemindert wird. Der Gemeinderat diskutiert diesen Aspekt ausführlich. Es wird festgestellt, dass seitens der Gemeinde der Bau von Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern begrüßt wird, jedoch bei der Einfügung in die umgebende Bebauung ein ausgewogenes Maß notwendig ist. Dieses Maß ist mit 9 Wohnungen möglicherweise überschritten. Es wird festgestellt, dass die der Anfrage zugrunde liegenden Unterlagen hinsichtlich der Grundflächenzahl nicht aussagekräftig sind. Hinsichtlich der Stellung des Gebäudes wird festgestellt, dass eine parallel zur Kirchstraße stehende Gebäudeform die Konzentration von Stellplätzen an der Kirchstraße ermöglicht, was aus Sicht des Rats eine anzustrebende Lösung ist, damit die restliche Fläche des Grundstücks auch als Garten genutzt werden kann. Die beiden in zwei Varianten vorgelegten Dachformen eines steileren Satteldachs und eines flacheren Walmdachs werden, nachdem Einpassung in die Höhen der angrenzenden Gebäuden gegeben ist, von den Räten als grundsätzlich machbar bewertet und kein Beschluss zu einer von der Gemeinde gewünschten Dachform gefasst.

Abschließend wird vor einer Entscheidung des Rats zur Bauvoranfrage Klärung zur Frage der Grundflächenzahl gefordert.

Zum **Bebauungsplan Ziegelhütte 4. Änderung und 3. Erweiterung** wird der neu überarbeitete Plan mit einer öffentlichen Zufahrt zum Betriebsgelände im Erweiterungsgebiet durch Herrn Zahner vom Büro Sieber vorgestellt. Weiter trägt Herr Zahner vor, dass die Bewertung des Eingriffs in die Natur und des erforderlichen Ausgleichs nochmals intensiv mit dem Landratsamt abgestimmt worden ist. Somit ist davon auszugehen, dass bei einer nochmals erforderlichen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nun keine Stellungnahmen mehr kommen, die der Planung entgegenstehen. Der Gemeinderat wird über die wegen der Vergrößerung des Plangebiets um die Verkehrsfläche notwendigen weiteren Ausgleichsmaßnahmen und deren Flächeninanspruchnahme auf Gemeindegrund informiert.

Anschließend werden die Stellungnahmen der öffentlichen Auslegung vom Sommer 2018 und der damaligen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange vorgetragen und die vom Büro erarbeiteten Vorschläge zur Erörterung und Abwägung mit einstimmigem Beschluss nachvollzogen. Es ergeht der Beschluss die überarbeitete Planfassung erneut in die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zu geben.

Der **Umbau des Sitzungssaals im Rathaus** zu einem Büro für die Kämmerei und das Hauptamt hat mit der Büroeinrichtung insgesamt 42.423 € gekostet. Neben den Büroräumen entstanden ein neuer Küchenraum und eine WC Anlage für die Mitarbeiterinnen. Den Räten werden die Kosten der einzelnen Gewerke vorgetragen und dargestellt, dass die

Installationsarbeiten für Sanitär und Elektro begleitend zu den Arbeiten des Trockenbauers freihändig durch die Verwaltung vergeben wurden. Der Auftrag für den Trockenbau wurde um die Deckenverkleidung, die Vorbauten für die Sanitärinstallationen, die Verputz- und Malerarbeiten und die Fliesenlegerarbeiten erweitert.

Der Rat nimmt diese Informationen zur Kenntnis und betont, dass die Maßnahme zweckmäßig und auch ansprechend umgesetzt worden ist.

Die **Möbliering des Besprechungsraums** wird nach Angebot der Fa. Schuh 3.210,62 € kosten. Hierin inbegriffen ist ein Unterschrank im Kassenbüro. Die Büroschränke aus dem früheren Büro der Kämmerei werden zusammen mit diesem Unterschrank im Kassenbüro aufgebaut. Der Rat beschließt einstimmig diese Beschaffung.

Die **Straßenbeleuchtung im Baugebiet Wolfsgrube** wird von den Stadtwerken Lindau zu 9.163 € mit LED-Pilzleuchten angeboten. Der Rat kann sich zwischen Pilzleuchten und den kastenförmigen Leuchten aus der Schmittenthalde entscheiden. Die netto Preis liegen bei 976 € für die Pilzleuchte und 650 € für die Leuchte aus der Schmittenthalde. Die Zahl der Leuchten ist bei der Pilzleuchte gleich hoch wie bei der Kastenleuchte. Das Licht der Pilzleuchte ist nach Mitteilung der Stadtwerke angenehmer als das der Kastenleuchte. Beim Umbau der Lichtanlage in der Panoramastraße auf LED wird von den Stadtwerken die Pilzleuchte empfohlen, weil auch etwas zu weit auseinanderstehende Leuchtenstandorte mit der Pilzleuchte besser ausgeleuchtet werden können.

Der Rat beschließt nach längerer Diskussion, die kastenförmige LED Leuchte zu verwenden. Unabhängig davon wird beim Umbau der bestehenden Leuchten in der Panoramastraße entschieden, welcher Leuchtentyp dann Verwendung findet.

Die Stadtwerke wurden mit der Erneuerung des Stromanschlusses im **Martin-Grisar-Haus** zu 977,62 € brutto beauftragt.

Die Fa. Nuber hat die Nahwärmeleitung und die Leerrohre für die Glasfaserleitung zwischen dem Kindergarten und dem Martin-Grisar-Haus verlegt. Die Arbeiten wurden von der Verwaltung an die Fa. Nuber zu den üblichen Tiefbaupreisen vergeben. Zusätzlich wurde ein gepflasterter Übergang vom Kindergarten Gelände zur Straße gebaut und das Gelände südlich des Hauses maschinell eingeebnet. Es ist mit Gesamtkosten in der Größenordnung von 20.000 € zu rechnen. Der Rat nimmt diese Information zur Kenntnis.

Das **Gedenken an die Opfer der Kriege anlässlich des Volkstrauertags** im November wurde bisher von der Krieger- und Soldatenkameradschaft Achberg abhalten. In einer Sondersitzung der Kameradschaft am 24.09.2019 hat der Vorstand Eugen Sauter vor rund 15 von 35 Vereinsmitgliedern dargestellt, dass die Vereinstätigkeit mit Beerdigung des letzten Weltkriegsteilnehmers aus Achberg aus seiner Sicht beendet werden kann. Die heute aktive Vorstandschaft war mehrere Jahrzehnte für den Verein tätig und es gibt sehr wahrscheinlich keine Nachfolger.

Der Verein erwartet, dass die Gemeinde im Fall einer Vereinsauflösung den Volkstrauertag mit einer Ansprache nach dem Gottesdienst durch den Bürgermeister übernimmt, dass die Vereinsfahne während der Ansprache gezeigt wird und möglichst eine kleine Abordnung der Musik spielt.

Der Bürgermeister hat sich bei der Sitzung der Kameradschaft dafür ausgesprochen, die Vereinsarbeit fortzusetzen, weil die Mahnung für den Frieden durch den Erhalt von Kriegsgräbern auch noch nach dem Ableben des letzten Achberger Kriegsteilnehmers ein wichtiges Vereinsziel ist. Die anwesenden Vereinsmitglieder haben sich aber einstimmig dagegen ausgesprochen.

Somit kann sich aus dem Verein nach Abtreten der bisherigen Vorstandschaft kein neuer Vorstand bilden.

Für die Übernahme der Ansprache am Volkstrauertag und über die Ausgestaltung dieses Anlasses ist ein Beschluss des Gemeinderats erforderlich, weil diese Aufgabe auch auf den zukünftigen Bürgermeister übergeht.

Der Gemeinderat beschließt ab dem Jahr 2020 den Volkstrauertag durch die Gemeinde mit einer den Erwartungen des Vereins entsprechenden Ausgestaltung durchzuführen.

Verschiedenes und Bekanntgaben:

Bürgermeister Aschauer bedankt sich beim Kirchenchor für die unkomplizierte Verlegung seiner Probentermine an den Sitzungstagen auf den Mittwoch. Somit kann auf die Dauer des Umbaus im Martin-Grisar-Haus der Donnerstag als normaler Sitzungstag im Gemeindesaal über dem Bauhof stattfinden.

Der Antrag des Deutschen Roten Kreuzes aus Aufstellung eines weiteren Altkleidercontainers neben den Containern der Aktion Hoffnung wird bekannt gegeben und in einer der nächsten Sitzungen entschieden.

Die Gemeinde Achberg nimmt dieses Jahr nicht an dem von Landkreis und den Gemeinden unterstützten Programm zum Sanierungsschnitt alter Obst-Hochstämme teil. Interessenten für die Teilnahme an einem in 2020 stattfindenden Programm sollten sich in der Gemeinde melden.

Das Angebot der Stadtwerke Lindau für hochauflösende Luftbilder über das Gemeindegebiet zu 3575 € als hälftiger Betrag der Befliegungskosten wird bekannt gegeben. Die Verwendung über das Geoinformationssystem der Verwaltung ermöglicht Leitungskartierungen in sehr genauem Maßstab. Für die Planungszwecke der Verwaltung erscheinen die vorhandenen Luftbilder der Vermessungsverwaltung ausreichend. Der Rat beschließt das Angebot nicht anzunehmen.

Die nächste Sitzung des Gemeinderats ist auf den 07. November 2019 geplant. Die Bürgerschaft ist hierzu herzlich eingeladen.